

„Fremde sind wir uns selbst – zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen“

Migration – politisch-ökonomisches Ursachen und Folgen

Thomas Gebauer/medico international

I.

Vielen Dank für Einladung.

Es ist zwar naheliegend, aber leider nicht selbstverständlich, dass sich auch Psychotherapeutinnen und -therapeuten mit Fragen der Integration von Geflüchteten auseinandersetzen. Notwendig ist diese m.E. nicht zuletzt deshalb, weil Integration ein höchst schillernder Begriff ist, der ganz unterschiedlich betrachtet werden kann und zu vielfältigen Missverständnissen einlädt. Ich werde am Ende meines Vortrages kurz darauf eingehen.

Integration beginnt in meinen Augen mit dem Verständnis dafür, warum sich Menschen überhaupt auf den Weg machen, - mit dem Verständnis für die Ursachen von Flucht und Migration. Und damit sind wir bereits bei einem weiteren schillernden Begriff, dem der Fluchtursachen. Von Fluchtursachen und deren Bekämpfung reden ja heute alle, Politiker, Medien, Flüchtlingsinitiativen. Schauen wir aber genau hin, was denn mit „Fluchtursachen“ gemeint sei, wird die Sache fast immer vage, mitunter perfide. Da wimmelt es von falschen Analysen und Strategien, die letztlich nur eigennützige Interessen verfolgen. So lässt sich, wenn man die Ursachen von Flucht in den Herkunftsländern verortet, wunderbar von der eigenen Verantwortung ablenken. Dann sind es eben notorisch korrupte und unfähige lokale Eliten, die für den Exodus ihrer Leute verantwortlich sind, nicht aber die ungerechten weltwirtschaftlichen Verhältnisse.

Ich will jetzt gar nicht auf die flagrante Rechtsverstöße zu sprechen kommen, die mit dem skandalösen Deal mit der Türkei verbunden sind.

Dazu haben Organisationen wie Pro Asyl und Amnesty bereits alles gesagt. Ich will Sie auf die Folgen des La Valetta Prozesses hinweisen, mit dem die EU – unter Nutzung von EH-Mitteln – die Externalisierung von Grenzkontrollregimen weit außerhalb der EU-Grenzen in die Länder Nordafrikas vortreibt.

Ich bin gerade aus Mali zurückgekommen, wo ich an einer Konferenz unseres dortigen Partners, der „Association Malienne des Expulses“, der Malischen Vereinigung der Abgeschobenen teilgenommen habe. Dort haben Selbsthilfegruppen und Menschenrechtsorganisationen aus ganz Westafrika gemeinsam darüber nachgedacht, wie sie die Freizügigkeit von Menschen, die im westafrikanischen Raum seit vielen Jahrzehnten in Ansätzen existiert, heute verteidigt werden kann. Denn tatsächlich ist die dortige Freizügigkeit heute in Gefahr, und zwar auf Druck der EU.

Im Rahmen ihrer Bemühungen, die europäischen Grenzkontrollregime weit in die afrikanischen Staaten hinein vorzulagern, sie zu externalisieren, wie wir sagen, drängt die EU die westafrikanischen Staaten zur Aufrüstung ihrer Grenzen. Dabei geht das verloren, was den Menschen in Westafrika mitunter einzig die Chance zum Überleben gegeben hat; die Möglichkeit, irgendwo in der Region einen Arbeitsplatz finden zu können. Um die Freizügigkeit in Europa zu retten, wird die Freizügigkeit, die in und zwischen den afrikanischen Gesellschaften noch existiert, heute geopfert.

Davon im Jargon deutscher Sicherheitspolitiker natürlich nicht die Rede. Bei Thomas de Maiziere heißt das dann „Flüchtlingspolitik darf nicht erst an den Grenzen Deutschlands beginnen“.

Nicht um die Bekämpfung der Fluchtursachen geht es dem Innenminister und der EU, sondern einzig um die Schaffung von Umständen, mit denen sich Europa eben diese Flüchtlinge mitsamt ihrer Rechtsansprüche vom Leib halten kann.

Mit einer langfristig angelegten und kohärenten Strategie zur Bekämpfung der strukturellen Ursachen von Flucht und aufgezwungener Migration haben all diese sicherheitspolitisch motivierten Programme nichts zu tun.

Das ist umso bedauerlicher, weil die Krise, die wir gegenwärtig erleben, gar keine Flüchtlingskrise ist, wie es manchmal heißt, sondern Ausdruck einer Krise, die viel tiefer geht und umfassender ist.

Die vielen Millionen Migrant*innen und Flüchtlinge verweisen ebenso wie der Klimawandel und die in aller Welt eskalierende Gewalt, ja auch das Wahlverhalten der US-Amerikaner, auf globale Verhältnisse, in denen die Interessen von Macht und Ökonomie über die Rechte der Menschen dominieren.

Nur wenn wir Migration als Folge und Ausdruck der Globalisierung, genauer: der Art, wie die Globalisierung bisher stattgefunden hat, verstehen, haben wir auch eine Chance, eine Antwort auf die großen Herausforderungen der Zeit finden zu können.

II.

Ich will diese These kurz begründen:

Die Länder betrachten, aus denen Menschen fliehen, zeigen sie - bei aller Verschiedenheit - doch auch Gemeinsamkeiten.

Ob im Irak, in Afghanistan, Mali oder Guatemala, in all diesen Ländern sind Merkmale eines voranschreitenden Staatszerfalls und einer wachsenden sozialen Ungleichheit auszumachen. Beides fällt nicht von Himmel, sondern steht im Kontext der marktradikalen Umgestaltung der Welt, der globalen Entfesselung des Kapitalismus.

Denn lässt man mal das euphemistische Gerede vom „global village“ beiseite, entpuppt sich die Globalisierung – so wie sie bislang stattgefunden hat – zuallererst als eine ökonomische Strategie. Ziel war nicht die Schaffung von weltbürgerlichen Verhältnissen, sondern die Wiederankurbelung der in den 1970er Jahren ins Stocken geratenen Kapitalverwertung.

Damals schienen die Grenzen des Wachstums nahe und das Erzielen von Rendite nur noch über die Senkung der Produktionskosten möglich. Erreicht wurde dies unter anderem durch den Einsatz neuer Technologien,

aber auch über der Internationalisierung der Produktionsabläufe. Investiert wurde fortan bevorzugt dort, wo Subventionen und Steuerbefreiungen lockten, wo die Hürden durch Arbeits- und Umweltschutz gering waren, mit anderen Worten: wo größere Profitmargen winkten. Arbeitsplätze wurden in die Billiglohnländer des Südens verlagert, die Firmen selbst grenzüberschreitend verschachtelt.

Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion war die Liberalisierung des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs. Entsprechend stand nicht die Freizügigkeit von Menschen auf der Agenda der Globalisierung, sondern die Freiheit von Waren und Geldströmen.

Das Versprechen, dass dabei auch etwas für die Armen abfallen würde, hat sich als Trugschluss erwiesen. Statt zu einem Trickle-down-Effekt kam es zu dessen Gegenteil, zur Umverteilung von unten nach oben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer. Gerade einmal ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt heute die Hälfte des weltweiten Vermögens.

Sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder hat die soziale Ungleichheit in den letzten Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Die Lage ist inzwischen so prekär, dass selbst das Davoser Weltwirtschaftsforum in einem seiner letzten „Global Risks Reports“ eingestehen musste, dass sich im Zuge der Globalisierung das Risiko für soziale Verunsicherung drastisch vergrößert habe. „Weltgesellschaftlich gesehen ist das Megathema der nächsten 30 Jahre nicht mehr Ökologie und nicht mehr nachhaltige Entwicklung, sondern Ungleichheit“, schrieb kürzlich der deutsche Sozialwissenschaftler Heinz Bude in einer Studie der Bertelmann-Stiftung.

Soziale Verunsicherung und Ungleichheit – übersetzt heißt das ein Leben in zunehmender Bedeutungs- und Perspektivlosigkeit, fehlende Arbeit, Hunger, Vertreibung, Umweltzerstörung, Kriege. All das ist heute für eine wachsende Zahl der Weltbevölkerung bitterer Alltag, und all das machen Menschen geltend, wenn sie wir sie heute nach ihren Beweggründen für Flucht und Migration fragen.

Teil der sozialen Verunsicherung ist die zunehmende Aushöhlung öffentlicher Daseinsvorsorge, und auch die ist nicht vom Himmel gefallen. Um die damals mitunter hoch verschuldeten Länder des Südens in die Weltwirtschaft einbinden zu können, wurden ihnen von Weltbank und dem Internationale Währungsfonds (IWF) nicht zuletzt drastische Einschnitte in der Sozialpolitik aufgezwungen, - so z.B. die Abschaffung subventionierter Grundversorgung oder die Privatisierung von Gesundheit, Energie, Trinkwasser, etc.

Vielerorts haben diese Strukturanpassungsprogramme zu einer kompletten Aushöhlung öffentlicher Daseinsvorsorge geführt. Und das ist nicht ohne Folgen geblieben. Die WHO schätzt, dass heute 100 Millionen Menschen alljährlich in die Armut getrieben werden, weil sie für Gesundheitskosten privat, also aus eigener Tasche (out of pocket) aufkommen müssen.

Budgetmittel, die zum Aufbau funktionierender Gesundheitsdienste und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung notwendig gewesen wären, sind in den Schuldendienst bzw. in den Aufbau von Sicherheitsapparaten geflossen, mit denen sich jene lokalen Eliten heute schützen, die nach außen die weltwirtschaftliche Integration ihrer Länder garantierten sollen.

Nicht demokratische Gemeinwesen konnten sich so herausbilden, sondern autoritäre Herrschaftsverhältnisse. In nicht wenigen Ländern ist es schließlich zu einem vollständigen Zusammenbruch staatlicher Strukturen gekommen.

Wo Staaten nicht mehr die Aufgabe haben, für demokratische Beteiligung zu sorgen und eine inklusive Ökonomie aufzubauen, sondern sich nur noch um die Interessen lokaler Eliten und deren Privilegien kümmern, kommt es zur Aufkündigung einer um Ausgleich und Integration bemühten Gesellschaftlichkeit. Und dass aus solchen Umständen schließlich Gewalt und Unvernunft erwächst, sollte ebenso wenig verwundern wie die Tatsache, dass Machthaber, die ihre Legitimation einbüßen, zur Erhaltung ihrer Macht auf Repression setzen, Feindbilder schüren und selbst noch den kompletten Zusammenbruch des Staatswesens in Kauf nehmen.

All das ist übrigens auch in Syrien zu beobachten gewesen. Auch dort ist in den Jahren vor dem Ausbruch des Krieges die Ungleichheit angewachsen. Während der Reichtum einer kleinen Elite zunahm, verarmten breite Bevölkerungsschichten. Als dann auch noch die sozialstaatlichen Subventionen für Mieten und Bildung gekappt wurden und sich die Folgen einer landesweiten Dürrekatastrophe bemerkbar machten, wuchs die Unzufriedenheit in der Bevölkerung.

Folgt man dem US-amerikanischen Fund for Peace, ist in den zurückliegenden zehn Jahren (2005-2015) die Zahl der Staaten, in denen alarmierende Merkmale von Fragilität auszumachen sind, von 7 auf 16 angestiegen. Aber auch der Zustand in vielen weiteren Ländern gilt heute als bedenklich. Insgesamt 50 Staaten galten der OECD in ihren Fragilitätsbericht 2015 als Failed States. 50 Staaten, das sind immerhin gut ein Viertel aller Staaten der Welt.

Im Zuge der marktradikalen Umgestaltung der Welt, oft begleitet von Kriegsökonomien, sind die Staatswesen vieler Länder mitunter bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt bzw. auf repressive Machtapparate reduziert worden. Unter solchen Umständen sorgen nicht mehr demokratisch legitimierte Institutionen für das Wohl und die Sicherheit der Menschen, sondern traditionelle Clan- und Familienstrukturen, Warlords, Privatarmeen oder kriminelle Netzwerke.

Die globale Entfesselung des Kapitalismus, so mein Fazit, hat die Welt zu einem extrem unsicheren Ort gemacht; einem Ort, dem immer mehr Menschen zu entfliehen versuchen. Eine kleine Randnotiz: wegen Überlastung musste Kanada in den letzten Tagen die Computer seiner Migrationsbehörden abschalten, soviel Anfragen sind aus den USA eingetroffen.

Aber um eines klar zu sagen: nur die wenigsten kommen und werden nach Europa. Die meisten wandern ab in die Slums der Städte, manche in den Nachbarländern. Flucht und Migration sind zuallererst regionale Phänomene. Und die, die uns kommen, sind nicht die Ärmsten der Armen. Die nämlich schaffen es in der Regel nicht einmal, ihre Dörfer zu

verlassen. Über 300 Millionen Menschen sind seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes aufgrund von Armut gestorben. Das sind mehr als in all den Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Man muss kein Pessimist sein, um vorauszusagen, dass dieses stille, hierzulande kaum wahrgenommene Verrecken von Menschen anhalten wird, wenn die Zerstörungsdynamik, die aus dem herrschenden Wachstums- und Renditeparadogma erwächst, nicht gestoppt wird.

Hält der Klimawandel an, wird die Zahl der Klimaflüchtlinge, die jetzt schon auf 20 Millionen geschätzt wird, weiter ansteigen; und bleibt es bei weltwirtschaftlichen Verhältnissen, die systematisch Menschen ausschließen, zu redundant people machen, dann wird auch die Zahl der aus Gründen der Überlebenssicherung Migrierenden anwachsen.

Überall in Afrika, aber auch in Lateinamerika und Asien verlieren heute Subsistenzbauern aufgrund eines längst notorisch gewordenen Landraubes ihre Lebengrundlagen, ohne dass ihnen eine tragfähige Alternative zur Verfügung stünde. Dem schnell wachsenden Geschäft mit Bio-Diesel fallen immer weitere Anbauflächen zum Opfer; Hedgefonds, zahlungskräftige Golfstaaten und Agromultis reißen sich weltweit die fruchtbarsten Agrarflächen unter den Nagel.

Auch die Freihandelsabkommen, die heute den Ländern im Süden aufnötigt werden, werden zur Zementierung der bestehenden ungerechten weltwirtschaftlichen Strukturen beitragen.

So z.B. die „Economic Partnership Agreements“, in denen das vertraglich fixiert, was die Flucht von Menschen anfeuert: nämlich, dass Europa für den Zugriff auf relevante Rohstoffe kaum Steuern zahlen muss und auch Waren zollfrei nach Afrika exportieren kann, Afrika im Gegenzug aber allerlei Lizenzgebühren zahlen muss: für patentgeschütztes Saatgut z.B., für Arzneimittel, Kommunikationstechnologie usw.

Das destruktive Potential der „Economic Partnership Agreements“ ist übrigens sehr gut bekannt, auch unter denen, die sie aushandeln. Im Gespräch mit Hilfeorganisationen bestätigten hochrangige Beamte im

Kanzleramt: Ja, wir sollten darauf achten, dass die negativen Effekte für die Länder des Südens nicht allzu groß werden.

Wir wissen, dass allein in Afrika jährlich 18 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um jungen Menschen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, eine Chance zu geben. Wie aber soll das gelingen, wenn die Handelsabkommen einseitig den Norden privilegieren? Können die „guten Jobs“, deren Möglichkeit Experten in der Schnittstelle zwischen Landwirtschaft und Nahrungsmittelverarbeitung sehen, jemals über jene prekären Beschäftigungsverhältnisse hinausreichen, die heute in der internationalen Textilproduktion zu beklagen sind?

Ich könnte jetzt noch eine Reihe andere Missstände in den globalen Verhältnissen anführen, die zur Zerstörung der Lebensgrundlagen von Menschen im Süden beitragen: die Proliferation von Waffen z.B. oder das globale Finanzwesen mit seine Steuervermeidungs- und Steuerfluchtmöglichkeiten, allein, ich fürchte mir fehlt dazu die Zeit.

III.

Aber bevor ich kurz skizziere, wie Politik aussehen müsste, die nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein will, muss ich noch einen weiteren Umstand ansprechen. Wir sollten nicht übersehen, dass Menschen, die migrieren, nicht einfach nur Opfer sind. In dem sie sich auf den Weg machen, setzen sie der wirtschaftlichen „Globalisierung von oben“ etwas entgegen, das ich eine „Globalisierung von unten“ nenne. Eine Globalisierung, die ich keineswegs idealisieren will und die auch keine sich selbst bewusste politische Bewegung darstellt. Eine Globalisierung aber, die vom Beharren auf Teilhabe getragen wird.

Denn eines haben viele Menschen im Süden begriffen; nämlich dass es die weltpolitischen Verhältnisse sind, die jederzeit, ob mittel- oder unmittelbar, über Erhalt und Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen entscheiden können. Es ist absolut vernünftig, dem durch Migration vorbeugen zu wollen. Die Chancen von asiatischen Familien oder afrikanischen Dorfgemeinschaften, das eigene Überleben zu sichern, sind natürlich größer, wenn es einzelnen Familienmitgliedern gelingt, sich in

den prosperierenden Ländern des Nordens zu etablieren. Längst übersteigen die Rücküberweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer die weltweit geleistete Entwicklungshilfe.

Und so entpuppen sich bei genauerer Betrachtung Globalisierung und Migration als die zwei Seiten einer Medaille. Dies zu akzeptieren, zu akzeptieren, dass Globalisierung ohne Migration nicht zu haben ist, stellt wohl die größte Herausforderung dar, der sich Nationalstaaten heute stellen müssen.

Nehmen wir diese Herausforderung ernst, dann ist ein komplett anderes Handeln notwendig als das aktuelle mit seinen sicherheitspolitischen ad-hoc Programmen, die aus dem Krisenmodus herausgedacht werden.

Notwendig ist zuallererst eine grundsätzliche Korrektur des herrschenden Sicherheitsbegriffes. Nicht mit Zäunen und der militärischen Bekämpfung von Schleusern wird der Flucht von Menschen zu begegnen sein, sondern allein über eine Politik des sozialen Ausgleichs.

Schon die Propheten des Alten Testaments wussten, dass Frieden ist nicht das Ergebnis von Sicherheit ist, sondern von Gerechtigkeit: der Gerechtigkeit Frucht wird der Friede sein, heißt es bei Jesaja. Offenbar ist es notwendig, dieses uralte Wissen heute immer und immer wieder gegen eine fast schon mythische Überhöhung von Sicherheit in Erinnerung zu rufen.

Und wenn es Sie verwundert, warum ein Vertreter der kritischen Theorie mit Jesaja argumentiert, kann ich das gleiche gerne nochmals mit Karl Marx sagen; die Geschichte sei eine Geschichte von Kassenkämpfen, sagt Marx, und solange es Klassengegensätze gäbe, solange keine Gerechtigkeit herrsche, werde es auch keinen Frieden geben.

Niemand anderes als der milliardenschwere Börsenspekulant Warren Buffett, einer der reichsten Männer der Welt, hat kürzlich auf diesen Umstand hingewiesen: „Es herrscht Klassenkrieg,“ so Buffett im Interview, „aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die den Krieg führt, und wir sind dabei, ihn zu gewinnen“.

Es ist höchste Zeit zu erkennen, dass die Gefahren nicht von außen kommen, sondern von innen. Die globale Katastrophe hat hier ihren Ausgang genommen. Es ist das von uns in alle Welt exportierte marktradikale Wirtschaftssystem, das die Ursache des Elends und der Flucht darstellt. Wenn wir es genau nehmen, sind wird der Grund für die Flucht von Menschen. Es ist unsere imperiale Lebensweise, die Menschen anderswo entwurzelt.

Selbst der amtierende Entwicklungshilfeminister, ein CSU Mann, hat kürzlich eingeräumt, dass wir nicht auf Dauer auf Kosten anderen leben können. Ja, wir leben auf und aus den Verhältnissen anderer. Wir lassen es zu, dass die Sintflut nicht irgendwann nach uns kommt, sondern bereits heute neben uns existiert. Mein Freund Georg Schramm, der Kabarettist, geht da noch einen Schritt weiter und sagt: wir sind die Sintflut

Und auch das ist ein höchst interessantes psychologisches Phänomen. Alle wissen um das Elend, das in der Welt herrscht, aber nur die wenigsten können es mit dem eigenen Leben in Zusammenhang bringen. Aus Selbstschutz muss die emotionale Dimension des Wissens um die Schrecken der Welt unterdrückt werden. Der Münchner Sozialwissenschaftler Stephan Lessenich hat dafür kürzlich den Begriff der Externalisierungsgesellschaft geprägt.

Menschen, die das neoliberale Ideal der Eigenverantwortung verinnerlicht haben, können sich im Globalen bewegen, ohne das Globale zu erkennen. Sie beanspruchen die Vorzüge der Globalisierung, sehen sich aber nicht in einer Verantwortung für die Opfer eben dieser Globalisierung. Ferntouristische Reisen, der Genuss exotischer Küche, der Besuch von Ayurveda-Kuren, das Interesse für fernöstliche Mystik oder lateinamerikanische Tänze, all das steht für eine Lebensweise, die – wie selbstverständlich – von jener globalen Freizügigkeit ausgeht, die den Verliererinnen und Verlierern der Globalisierung, z.B. den Flüchtenden verweigert wird. Mit den Schrecken der Welt, so bedauerlich sie seien, habe man nichts zu tun. Armut oder Bildungsferne seien eh selbst verschuldet. - So infam solche Ignoranz ist, hat sie auch die Funktion, die latente Angst vor dem eigenen Scheitern abzuwehren.

Und so wird eine nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen nicht umhin kommen, sich über Alternativen zur herrschenden profit- und wachstumsorientierten Ökonomie Gedanken zu machen. Die Bekämpfung von Fluchtursachen beginnt zuhause. Solange Deutschland geschätzt ca. 80 Millionen Hektar Agrarland im Ausland und damit 5 mal so viel wie die eigen Agrarfläche in Anspruch nimmt, um seinen Nahrungsmittelbedarf zu decken, tragen wir zum Hunger in der Welt bei. Solange wir unseren Konsum auf Arbeitsumstände gründen, die an Sklavenarbeit erinnern, solange wir Missstände, wie sie in der weltweiten Textilproduktion sichtbar geworden sind, als „Wertschöpfungsketten“ schönreden, verfestigen wir auch die Ungleichheit und mit ihr die Armut.

Gewiss der Kapitalismus ist nicht für alle Übel der Welt verantwortlich. Auch persönliches Machtstreben, verquaste Weltbilder und überkommen geglaubte Dogmen treiben ihr Unwesen. Richtig ist auch, dass der Kapitalismus den industriellen und technologische Fortschritt und damit die Möglichkeiten eines Lebens frei von Not und Notwendigkeit vorangetrieben hat.

Aber eben diese Vorzüge des Kapitalismus verkehren sich heute in ihr Gegenteil. Der Zwang zur Erwirtschaftung von Rendite im Rahmen einer voranschreitenden Inwertsetzung von Mensch und Natur sorgen inzwischen dafür, dass Naturbeherrschung in Naturzerstörung umschlägt, Wohlstand in soziale Verunsicherung, Individualität in Depression, Freiheit in Vogelfreiheit.

Und darin liegt für mich auch die Crux in der gegenwärtigen Integrationsdebatte. Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Integration reden? Sollen die Menschen, die zu uns kommen, möglichst rasch Teil einer Gesellschaft werden, die mit ihrer imperialen Lebensweise maßgeblich für die Zerstörung von Lebensgrundlagen in aller Welt und damit die Flucht von Menschen Verantwortung trägt? Überspitzt formuliert: Ist alles wieder gut, wenn aus Opfern Täter werden? Wenn es uns gelingt, Flüchtlingen das bereits von Frantz Fanon beschriebene Dilemma: „turn white or disappear“ aufzuzwingen? So wie es Herfried Münkler ins Spiel

brachte, als er von den Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, verlangte, möglichst rasch Deutsche zu werden?

Selbstverständlich erfordert Integration, mit der Sprache des neuen Landes zurechtzukommen und einen Job zu haben. Aber wie gelingt es, ein gemeinsames Verständnis davon zu entwickeln, wie ein gutes Leben jenseits von kapitalistischer Verwertungslogik und Verwaltungsmacht aussehen könnte?

Wir helfen Menschen, einen Arbeitsplatz zu finden, und wissen doch nur zu gut, dass eine Alternative zur hier herrschenden Lebensweise ohne eine radikale Transformation der bestehenden Produktions- und Arbeitsverhältnisse nicht gelingt.

Wir ermöglichen Geflüchteten Zugänge zum hiesigen Bildungssystem, von dessen Sinnfälligkeit wir selbst nicht mehr überzeugt sind, weil es von frühester Kindheit an Konkurrenz und Nützlichkeitsdenken lehrt, statt jenes kreative Sein zu fördern, das Erich Fromm beschrieben hat.

Und so muss der kritische Blick auf das, was mit Fluchtursachen und Integration gemeint ist, sehr viel tiefer gehen.

Es geht keineswegs darum, die Welt komplett neu zu erfinden. Längst wissen wir um die Bedeutung von demokratischer Teilhabe, von genossenschaftlicher Ökonomie, von Rechtssicherheit und solidarische finanzierter Daseinsvorsorge für das Zusammenleben von Menschen. Was wir allerdings zu ergründen haben ist, wie sich solche Institutionen heute ins Globale erweitern lassen. Wie es gelingt, völlig gegenläufig zum herrschenden Trend der Abschottung, eine grenzüberschreitende soziale Infrastruktur zu schaffen, die allen den Zugang zu einer angemessenen Daseinsvorsorge ermöglichen – ganz so, wie es Sigmund Freud forderte, als er sagte, er könne nicht einsehen, warum die von uns selbst geschaffenen Einrichtungen nicht vielmehr Schutz und Wohltat für uns alle sein sollten. Erst eine solche globale soziale Infrastruktur, und ich kann ihnen dazu später gerne mehr sagen, bildet die Voraussetzung dafür, dass eine den globalisierten Verhältnissen angemessene transnationale Existenz - nicht von Kapital -, sondern von Menschen möglich wird.

Bei medico reden wir im Kontext von Flucht und Migration von einem doppelten Recht, dem Recht zu bleiben und dem Recht zu gehen. Es liegt auf der Hand, dass beide Rechte nur miteinander, nur gemeinsam zu verwirklichen sind. Nur dort, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und Zerstörung zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen. Nicht Flucht ist das Ziel, sondern Freizügigkeit, als Ausdruck höchster Freiheit.

Vielen Dank!